

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P., für das übrige Reich und ganz Österreich 8 M. Inland der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (S), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

# National-Zeitung.

Inserate. — Die Zeitungs-  
Morgen-Ausgabe 4-gelapten 40 P. Colonne  
resp. deren Theile 300 M. u. f. m.  
Abend-Ausgabe 3-gelapten 60 P. — Melam  
3-gelapten 1 M 50 P. — Colonne 450 M. u. f. m.

## Deutscher Reichstag.

14. Sitzung vom 4. Januar.

2 Uhr. Am Bundesratsbischöfliche: v. Reutlinger u. A.

Satz und Tagesorden sind mäßig befreit.  
Die zweite Beratung des Staats des Reichsrechts des  
Sinnern wird fortgesetzt. Bei Kap. 12 Reichsgesundheitsamt  
wünscht

Abg. Große (Delfen): Auskunft darüber, ob geschäbterische  
Schritte bezüglich der Fabrikation von Kunstwein und der Ver-  
besserung des Naturweins in Aussicht genommen seien. Es sei  
eine Regelung dieser Frage dringend geboten, da die Bestimmungen  
des Nahrungsmittelegesetzes nicht ausreichen. Eine Verbesserung  
des Weins erhöhe vielfach beim Publikum die Kaufkraft des  
Weins, und die süddeutschen Weinproduzenten müßten es sehen,  
wie ihre reine Weine unverfälscht bleiben, während die rheinischen  
Weine nach Frankreich, um von dort vertrieben wieder nach Nord-  
deutschland zurückzukommen.

Abg. Eisingen (Zentrum) verliest eine ihm aus seinem Wahl-  
kreise zugegangene Petition, welche sich für das völlige Verbot der  
Weinfabrikation ausspricht und verbesserte Weine nur als solche  
verkauft wissen will. Redner ist der gleichen Ansicht. Wenn  
der Abg. Richter in der Budgetkommission hinsichtlich des  
Danziger Weinprozesses sich dahin ausgesprochen, daß  
durch das Urtheil sich die bedeutendsten Weinkörner vor  
die Frage gestellt seien, ob sie denn überhaupt noch ihr Geschäft  
fortführen könnten, so finde er dies durchaus begründet. Denn  
überall da, wo Weinbau-Weine „fabrizirt“ würden, müßte man  
sich allerdings dadurch einer Anklage wegen Fälschung ausgesetzt  
sehen. Im Uebrigen hält Redner vorläufig die Nothwendigkeit einer  
Abänderung des Nahrungsmittelegesetzes noch nicht für gegeben, da sich  
der Kreis der Erfahrungen immer noch erweitern werde. Er glaube  
überhaupt, daß die Gerichte den selbst dahin kommen würden, daß  
verbesserte Weine nur als solche, nicht aber unter anderen Be-  
zeichnungen in den Handel gelangen dürfe. Gegen den Verkauf  
verbesserte Weine habe er an sich nichts einzuwenden, aber das  
Publikum müsse wissen, was ihm angeboten bzw. verkauft würde.

Direktor des Reichsgesundheitsamts Köhler: Der Gegenstand,  
der hier zur Sprache gebracht worden ist, hat uns bereits mehrfach  
beschäftigt und das hohe Haus ist wiederholt mit Menschen in  
Bezug auf diese Frage befaßt worden. Es stehen sich da zwei ver-  
schiedene Standpunkte gegenüber. Die einen möchten jede Ver-  
änderung des Gesetzes verweigern, während Andere diese Veränderung,  
soweit sie eine Verbesserung ist, freigegeben haben wollen.  
Es knüpfen diese Bestimmungen an die Bestimmungen des  
§ 10 des Nahrungsmittelegesetzes, welcher die Fälschung und Nach-  
ahmung des Weins behandelt. Darin sind keine Theile wohl  
einig, daß sie eine Verletzung dieser Bestimmungen haben möchten,  
jedoch sie gehen weit auseinander in den Zielen, welche sie er-  
streben. Der § 10 sieht eine Fälschung dann als vorliegend an,  
wenn eine Verfeinerung eines Nahrungs- oder Genußmittels  
stattfindet oder die Verfeinerung des Scheins einer besseren Beschaffen-  
heit. An diese Definition, obwohl sie bei der Beratung des  
Gesetzes nicht unbestritten blieb, haben sich die Gerichte im  
Wesentlichen gehalten, wie auch der Herr Vorredner bei Durch-  
musterung der verschiedenen Erkenntnisse hätte sehen können.  
Unmittelbar nach Erlass des Gesetzes haben wohl einige Schwän-  
kungen aufgefunden, daß auf Grund der Rechtsprechung des  
Reichsgerichts nunmehr auch in den unteren Instanzen die wünschens-  
werthe Einheitlichkeit hergestellt sei. Die Reichsregierung  
hat von Anfang an ihre Aufmerksamkeit der Rechtsprechung auf  
diesem Gebiete zugewendet, die Erkenntnisse des Reichsgerichts  
sind sämtlich vorhanden und ebenso die prinzipiell wichtige  
Entscheidung der Landgerichte aus neuerer Zeit. So  
legen uns bereits viele gerichtliche Entscheidungen vor.  
Ich gebe daraus ein Resümé, denn man muß hier in die Einzel-  
heiten eintreten. Es handelt sich bei der Weinverfälschung, die Ver-  
zuckerung, die Galkürung, die Mostkürung und die Chaptalisierung.  
Was zunächst die Verfeinerung betrifft, so versteht man darunter  
die Verfeinerung verschiedener Weinarten. Wenn man diese nun  
so auffaßt, daß man etwa 90 Hektoliter eines guten Weines, vielleicht  
Chateau de Ville, der aber in dem betreffenden Jahrgange eine  
grobe Herbe oder eine andere Unannehmlichkeit an sich hat, nimmt  
und 10 Hektoliter eines andern Weines, der jenen zu wideren  
eignet ist, so ist das ein Verfeinert, und es liegt kein Bedenken  
vor, einen solchen Wein unter einheitlicher Firma zu verkaufen, es  
ist nur auch kein Verfeinert, wenn ein solches Getränk, welches  
einen solchen Verfeinert für strafbar erklärt. Anders allerdings  
liegt die Sache, wenn man zu nur 10 Hektoliter Chateau de Ville  
90 Hektoliter schlechteren Weines nimmt und das Ganze als  
Chateau de Ville verkauft. Das ist entschieden eine Verfeinerung  
und darum strafbar. Was nun die Verzuckerung betrifft,  
so liegen ausnahmslos Erkenntnisse darüber nicht vor. Was der  
Abg. Große anführt, waren Erkenntnisse auf Grund der bairischen  
Landesrechtlichen Bestimmungen, nicht des Nahrungsmittele-  
gesetzes, und es ist daher in keiner Weise zu folgen.  
Daß das Nahrungsmittelegesetz die Verzuckerung verbietet.  
Das Galkürung ist die Behandlung eines Weines, der zu sauer ist  
und zu wenig Zucker enthält, und zwar so, daß zur Abmilderung  
der Säure Wasser und Zucker zugesetzt wird. Betreffs der Galkür-  
ung liegen nun Erkenntnisse vor. Soweit es sich danach  
nur um eine Verbesserung des Weines handelt, kann  
man darin nichts Strafbares sehen, so wie es aber nur gelten  
wird, um die Menge zu vermehren und so den Geldbeutel zu  
füllen, ist dem von Seiten der Gerichte entgegengehalten worden.  
Was dann das Mostkürung betrifft, so handelt es sich dabei um den  
Zusatz von Wasser und Spirit. Es giebt verschiedene Weine, die  
einen zu großen Gerbstoffgehalt aufweisen und welche ohne Ver-  
minderung des letzteren nicht brauchbar sind. Eine solche Ver-  
minderung ist also auch erlaubt, aber am häufigsten, kann man wohl  
sagen, dient das Mostkürung anderen Zwecken. Wenn der Wein  
schlechter geworden ist, so frisst man denselben auf diese  
Weise wieder auf, und das ist es, was dem § 10 widerspricht,  
daß unterliegt gar keinem Zweifel, und es liegen auch  
solche Erkenntnisse vor, welche dies bekräftigen. Das Chaptaliren  
weiter besteht im Zusatz von Gyps. Hier möge sich nun die Un-  
sicherheit der Entscheidungen fühlbar machen, aber auch hier ist die Substanz  
nicht über das Gesetz hinausgegangen. Hiergegen haben die Gerichte  
durchweg die richtige Grenze innegehalten.

Einem endlichen freigelegten Regelung der Weinfrage stehen vor  
allen Dingen drei Gründe entgegen. Einerseits sind die Weine so  
verschiedenartig, daß die Festlegung des Begriffes „Kunstwein“  
außerordentlich schwer ist. Schon innerhalb Deutschlands  
sind die Produkte der Mosel, der Rheine und so weiter,  
so verschieden, daß eine solche Festlegung kaum möglich  
wird. Es wird sich eben bei der Fälschung immer um die Verfäl-  
schung der subjektiven Fälschung handeln, der Veränderung zu  
Zwecken der Fälschung, und es liegt nichts von Seiten  
der Gerichte vor, was in dieser Beziehung eine unbedingte  
Anlage zeigt. Sodann aber kann ich mich dem nur so wesen-  
lich anschließen, daß gerade eine rationelle Verbesserung  
des Weines am wenigsten zu bestrafen ist, dagegen muß diejenige  
Fälschung strafbar sein, welche nur auf eine Verunreinigung der  
Menge des Weines hinausgeht, und in dieser Beziehung sind die  
Urtheile der Gerichte mehr und mehr übereinstimmend ge-  
worden. Ein Haupthinderniß für die spezielle Regelung der  
Frage ist jedoch, daß die Aufstellungen noch zu sehr  
auseinandergehen, daß einem jeden Versuch zu einer Verbesserung  
vielfach entgegengetreten wird und daß die Vorschläge, die etwa

gemacht werden würden, kaum auf Annahme im Hause rechnen  
könnten. Wenn jedoch das hohe Haus mit Vorschlägen hervor-  
treten will, so wird die Regierung nicht verfehlen, dazu Stellung  
zu nehmen.

Abg. Richter (Df.): Ich hatte nicht die Absicht, auf die Dan-  
ziger Weinangelegenheit einzugehen. Aber die schweren Angriffe,  
welche Herr Eisingen hier gegen einen ganzen Berufsstand gerichtet  
hat, zeigen, daß er sich doch hätte besser informieren sollen, als er es  
durch seine Aussagen bewiesen hat. Ich habe seit 6 Jahren ge-  
sehen, wie die solidesten Firmen dort vor Gericht gezogen  
wurden, die nichts anderes gethan haben, als was  
der gesamte Weinhandel Deutschlands that. Ein solcher unter  
Anklage gestellter Weinhandeler wollte die ihm in einer Versamm-  
lung angetragene Wahl zum Vorsteher mit Rücksicht auf diese  
Anklage ablehnen, aber die Versammlung nahm dies nicht  
an, weil man meinte, daß, wenn das Verfahren des Ver-  
treffenden nicht vor der Öffentlichkeit bestehen könne, man al-  
lerdings mitschuldig wäre. Diese Thatsache sollte doch schon  
zu einer vorsichtigen Behandlung der Sache veranlassen.  
Ich bin ein begeisterter Moselaner, aber wenn man mir alle Jahr-  
gänge, welche die Mosel liefert, vorsetzte, ohne irgend welchen Zusatz,  
psst, ich danke dafür. Denken Sie doch nur an den Champagner,  
das höchste Produkt des Weins, der doch nur als Kunstwein zu  
betrachten ist.

Da komme ich zu dem Punkt, daß Sie ein Gebiet usurpiren,  
welches Ihnen gar nicht gehört. Sie wollen jetzt einen Ratschluß  
für die Verfeinerung des Weins festsstellen. Nun, Marcus Porcius  
Cato der Ältere (Röm.) hat schon aneinandergelegt, daß der  
eigentliche Wein aus 40 Theilen gewöhnlichen Mosts, 8 Theilen  
scharfen Essigs, 200 Theilen süßen Wassers und 5 Theilen See-  
wassers besteht. (Große Heiterkeit.) Das nannten die Leute  
damals „Wein“. Der Wein hat doch überhaupt eine lange Ge-  
schichte und was Wein ist, kann man nicht vom grünen Tisch  
aus dekreten. Ich halte das Urtheil des Danziger Landgerichts  
für ganz korrekt, welches den Standpunkt vertritt, daß bei dem  
Weine nicht selten die menschliche Kunst gewirkt ist, nachzu-  
bilden. Der Wein zeigt auch einen großen Unterschied in Bezug  
auf seinen Wassergehalt bei Regenwetter und Sonnenschein, so daß  
schon Wein in Folge des Einflusses der Witterung für gefälscht  
erklärt werden kann. Das, was ich ausgeführt habe,  
wird Herrn Eisingen jeder Ringer und jeder Chemiker  
sagen können, natürlich dürfen dem Weine nicht gesundheits-  
schädliche Stoffe zugesetzt werden, wie z. B. bei der  
Brenner Rolle, welche vor dem Abkühlen der Chemie nicht be-  
stehen kann, da ihr Schwefelsäure zugesetzt sein soll. Herr Eisingen  
will den Zusatz von Wasser und Spiritus nicht zulassen oder es  
soll dann dabei gesagt werden, daß es sich um Wein mit 5 und  
so viel Spiritus handle. Ich möchte da auf den Auspruch  
eines Mannes hinweisen, der alle wissenschaftlichen Eigenschaften  
hat. Er ist national-liberal, hat selbst einen Weinberg und  
drittens bekleidet er einen hohen Richterposten, es ist der Präsident  
am Oberlandesgericht zu Darmstadt, Götz, welcher in einem längeren  
Artikel sich über die Frage des Zusatzes äußert und den Gehalt  
des Weins auf 75 Proz. wässrigen Naturweins und 25 Prozent  
Alkohol und Wasser annimmt. Er kommt zu dem Schluss, daß  
Niemand seinen guten Namen und sein Vermögen in solcher  
Anlage riskiren könne, da er kein Mittel hat, seinen  
Abnehmer zu zwingen, die Weine als Naturweine zu verkaufen.  
Wenn in dem Danziger Prozeß davon gesprochen wird, daß es als  
Verfälschung angesehen wird, wenn dem Wein ein Zusatz gemacht  
wird, der sich nicht in den bestehenden Grenzen hält, so frage ich,  
welches sind denn diese Grenzen? Ich fühle mich leichter in dieser  
Frage, als vielleicht mancher von Ihnen, weil ich seiner Zeit gegen  
die Anwendung dieses Gesetzes auf den Wein gerannt habe; denn  
ich habe vorausgesehen, was daraus hervorgehen würde. Einen Vortheil  
von diesem Vorhaben gegen die Weinfabrikation hat nur das Ausland.  
Die Frage ist allerdings sehr schwierig zu lösen und wir werden  
Zeit dazu gebrauchen, aber mit der gegenwärtigen Praxis kann man  
nicht zufrieden sein, zumal da das Reichsgericht selbst anerkannt  
hat, daß das Gesetz für die Gerichte unbrauchbar ist, hierher hat  
Niemand an den oltzhergebrachten Wannen in der Wein-  
fabrikation Anstoß genommen. Das Reichsgericht erlaubt  
den Küfern, Zusatz zum Wein zu machen, sagt aber,  
es komme auf die Grenzen an, bis zu welchen dies geschehe. Wo  
sind nun diese Grenzen? Winkt der Gesetzgebung ist es, sich zu  
überlegen, ob solche Grenzen festgestellt werden können. Wir  
dürfen aber nicht ins Unbestimmte hineingreifen, um nicht  
die Weinindustrie dem Verderben und der Unsicherheit zu über-  
geben. Wenn der Abgeordnete Eisingen uns nicht sagt,  
wie man das reine Naturprodukt vom Kunstprodukt unterscheiden  
kann, so sind seine ganzen Ausführungen gegenstandslos. In  
Frankreich sind vom 1. September bis 30. November 1886 600 000  
Centner Zucker lediglich für die Weinfabrikation verworther worden;  
das ist ein erschauerlicher Betrag, der nicht allein für die Champagner-  
fabrikation gebraucht sein kann, sondern auch für die übrigen Weine.  
Wenn man mit dem Abg. Eisingen in diesen Verhältnissen im In-  
teresse des Gemeinwohls und der Ehrlichkeit Wandel schaffen will,  
so wird man nicht bloß die Weinfabrikationen, sondern auch eine Reihe  
anderer Fabriken zu Grunde richten, und zwar nur zum Vor-  
theil des Auslandes. Soweit darf doch selbst eine angebliche Ehr-  
lichkeit nicht gehen. Es handelt sich bei unserer Weinfabrikation  
lediglich um Handelskünste, die in den Augen der ganzen  
Welt gebilligt sind, und die Durchführung der Eingewöhnen  
Theorie würde gleichbedeutend mit der Vernichtung des deutschen  
Weinhandels sein. Was haben Sie denn für ein Recht an den  
Begriff „Wein“ solche Anforderungen zu stellen; dieser Begriff hat  
sich geschichtlich entwickelt, und daran müssen wir festhalten. Ich  
meinstheils werde immer am liebsten den Wein trinken, wenn er  
so zubereitet ist, wie es meinem Geschmack entspricht, wir  
sind ja auch so eifrig, daß das reine, rohe Natur-  
produkt unseren Magen nicht zuträglich ist. In dem  
Danziger Prozesse ist die Unternehmung aufs genaueste  
Nacht lang geführt worden von einem Kollegium von fünf Rich-  
tern, es hat die peinlichste Untersuchung aller Geschäftsbücher der  
Angeklagten stattgefunden, und was hat das Gericht nach Abwägung  
sämtlicher Gutachten von wissenschaftlichen Autoritäten, Wein-  
händlern etc. entschieden? Es hat gesagt, den Angeklagten sei ein  
Abweichen von den Regeln der Technik und von den  
Gewohnheiten des uralten Handels nicht zum Vorwurf zu  
machen und es könne ihnen nicht imputirt werden, daß sie mit der  
Art ihrer Fabrikation eine Verfälschung begangen hätten. In dem  
deshalb sind sie auch freigesprochen worden. Das Urtheil in dem  
Danziger Prozesse kommt zu dem Resultat, daß das gegenwärtige Gesetz  
schlecht sei und sich zur Anwendung für die Gerichte nicht eigne.  
Leider scheinen die Regierungen von dieser Ansicht nicht  
so durchdrungen zu sein. Die Lösung dieser Frage durch  
die Gesetzgebung ist eine Frage der Erhaltung oder des Verderbens  
des deutschen Weinhandels. Ich hoffe, daß die Petitionskommission  
und so zeitig einen Bericht in dieser Sache vorlegen wird, daß wir  
auf eine arnabliche Behandlung dieser Frage eingehen können, und  
daß ist unsere Pflicht, namentlich für diejenigen, welche 1880 das  
betrübende Gesetz beschlossen haben.

Direktor im Reichsgesundheitsamt Köhler: Ich habe durch-  
aus nicht die Verfeinerung abgelehnt, als ob die Frage, um die es  
sich hier handelt, im Wege der Verfeinerung geregelt werden würde.  
Ich habe vielmehr erklärt, daß die verschiedenen Verfeinerungen eine ge-  
richtliche Regelung dieser Frage dann nicht haben eintreten lassen,  
weil man der Verfeinerung sei, daß damit den allgemeinen Wünschen  
nicht genügt sei, die über die wirtschaftliche Seite der Sache oft  
weit hinausgehen. Wie weit die Frage einer gesetzlichen Regelung  
überhaupt zugänglich sei, darüber sind wir bis jetzt noch nicht an-

gekommen. Indes kann ich an der Hand der bisherigen  
Rechtsprechung nicht dahin resumiren, daß ein solches zu ersten Bedenken  
nicht vorliegt. Wenn dann der Vorredner das Ergebnis des Dan-  
ziger Weinprozesses zum Gegenstand näherer Erörterungen macht,  
so halte ich es doch für höchst gewagt und bedenklich,  
einen Prozeß, der noch in der Schwebe ist und seiner  
definitiven Entscheidung erst entgegengeht, hier mit Vorbe-  
erhebungen über das das erste Erkenntnis zur Sprache zu bringen.  
Die Sache scheint sich übrigens doch etwas anders abgepielt zu  
haben, als der Vorredner mitgetheilt hat. In Danzig wurde eine  
Anzahl von Weinhändlern angeklagt wegen Weinverfälschung  
vor Gericht gezogen. Der Richter hat die Sache Jahre lang  
unterstellt und schließlich einige der Angeklagten vorweg freige-  
sprochen, die andern aber erst nach der Hauptverhandlung. Das  
Reichsgericht, an welches der Staatsanwalt sich gewandt hatte, hat  
das Erkenntnis erster Instanz nach verschiedenen Abwägungen bis  
als rechtskräftig bezeichnet und schließlich die Sache  
als rechtskräftig Entscheidung in erster Instanz dem Voro-  
gericht in Elbing übertragen. Ich gestatte mir, aus den  
Gründen des Reichsgerichts Erkenntnisses folgende herauszuheben:  
Es ist a. H. dargelegt worden, daß in einer Anzahl von Fällen  
der erste Richter selbst alle Kriterien der Weinverfälschung fest-  
gestellt habe. Es handelte sich um Fälle, wo sogenannter fran-  
zösischer Wein als solcher verkauft wurde, obwohl derselbe nach-  
gewiesener Maßen theilweise nur 11,54, ja sogar nur  
1,66 Proz. französischen Weins enthielt. Der erste Richter hat  
freigesprochen, weil er sagte, die Angeklagten sind von der irrigen  
Meinung ausgegangen, es sei ein berechtigter Geschäftsgebrauch  
gewesen, dem sie gefolgt seien. Nun, wenn dies auch thatsächlich  
so sein sollte, ein berechtigter Gebrauch ist dies gewiss nicht. Sodann  
ist von dem Reichsgericht ermittelt worden, daß der erste  
Richter von dem Gesichtspunkte ausgegangen ist, eine Nachmachung  
von Weinen liege überhaupt nicht vor, wenn ein auch noch so  
geringes Quantum von echtem Wein vorhanden wäre. Ich glaube,  
daß das Reichsgericht von einer anderen Ansicht ausgeht und es  
steht dabei vollständig in Uebereinstimmung mit den allgemeinen  
Rechtsgrundsätzen. Das Reichsgericht Erkenntnis hat nun der Vorredner  
auf gewisse Mängel des Nahrungsmittelegesetzes zurückgeführt. Das ist  
durchaus unzutreffend. Die Folge dieses Erkenntnisses wird nicht  
die sein, daß die freie Bewegung in Weinhandel und Produktion  
an sich gehemmt wird, sondern das Nahrungsmittelese wird in  
Bezug auf Wein in Folge dieses Urtheils weniger streng gehand-  
habt werden, als es eigentlich geschehen mußte. Wo ein Chemiker  
keine Fälschung ermitteln kann, da muß eben der Richter frei-  
sprechen. — Ich muß schließlich nochmals darauf zurückkommen,  
daß die Hauptfrage die Feststellung des Begriffes Wein ist. (Es  
man sich hierüber nicht geeinigt hat, wird auf gesetzlichem Wege  
die Weinfrage nicht geregelt werden können.)

Abg. Dr. Rühl (Nl.): Wenn meine Ausführungen zunächst  
mehr persönlicher Art sind, so hat dies Herr Große veranlaßt. Ich  
habe nicht geglaubt, daß die Verhandlung der heutigen Frage eine  
derartige werden würde, und auch mein Freund Borklin war  
dieser Ansicht und ließ sich deshalb aus geschäftlichen  
Gründen bestimmen, der heutigen Sitzung fern zu bleiben.  
Herr Große ist gegen den abwesenden Abg. Borklin in sehr scharfer  
Weise aufgetreten. Er hat es für anständig gehalten, sehr scharf  
auszuführen, daß Weidensheimer Weine nach Frankreich ausgeführt  
würden und von dort als französische Weine zurück-  
kämen. Ich bin mit der Geschäftsfähigkeit der Weinhandeler  
meiner Heimat so weit vertraut, daß ich genau weiß, daß diese  
von realen Grundstücken ausgehen und nur reine Naturweine in  
den Handel bringen. — Was die Weinfrage selbst betrifft,  
so beschränke ich mich auf einige ganz kurze Erläuterungen. Ich  
stehe im Allgemeinen auf dem Standpunkte des Kollegen  
Eisingen. Am liebsten wäre es auch mir, wenn die Fälschung von  
Kunstweinen überhaupt verboten würde, und ebenso alle anderen  
Manipulationen. Ich muß zugeben, daß für gewisse Gegenden, ich  
will keine namhaft machen, es notwendig ist, geringe Zugabungen  
durch Zucker brauchbar zu machen, aber ich bin auch der Meinung,  
daß solche verbesserte Weine auch als solche gekennzeichnet werden sollten.  
Herr Große hat nun ausgeführt, daß gezeuerte Weine getrunken  
werden, saure Naturweine aber nicht. Während in der That ein-  
zelne Gegenden das Zutreffen haben, geringere Zugabungen zu zusehen,  
ist andere wieder so glücklich, daß auch die geringeren Zugabungen  
als solche ohne irrend welche Veränderung genießbar sind. Wenn  
nun aber gezeuerte Weine vollständig gleichwerthig mit ungezeuerten  
Weinen in Konkurrenz treten, so entsteht eine vollständige Ver-  
wirrung. Wir verlangen, das Publikum soll selber entscheiden, ob  
es verbesserte Weine oder saure Naturweine trinken will; dann  
können wir den Kampf aufnehmen. Das ist offen und ehrlich. Zu  
dem Zwecke, den Sie erreichen wollen, können Sie nur dann kommen,  
wenn ein Reichsgesetz erlassen wird, das ungefähr das Gegenstück  
von dem anspricht, was das Gesetz über den Verfeinert mit Kunstbutter enthält:  
gezeuerte Weine dürfen als Naturweine verkauft werden.  
Es handelt sich hier also um einen Wettkampf der Interessen und  
in diesem Interessententumpe verlangen wir, daß die Gesetz-  
gebung dafür eintritt, daß das allgemeine Recht nicht zu  
Gunsten einiger Manipulationen auf den Kopf gestellt wird. Wie  
sollen wir nun aus diesem Dilemma herauskommen? Wie soll die  
Grenze zwischen Natur- und Kunstwein festgestellt werden? Es  
dürfte gar leicht hier eine Ueberreizung nach unten oder oben  
hin stattfinden. Bedenken Sie doch, daß wir Naturweine von  
einem Zuckergehalt zwischen 10—14 Prozent besitzen. (Hört! hört!)

Ich beschränke mich heute auf diese kurzen Bemerkungen. Ich  
kann wiederholen: mein Freund Borklin wird bei anderer Gelegen-  
heit diese Materie sehr eingehend auseinandersetzen haben.  
Auch er beantragt für Wein nur das, daß auch  
auf ihn die allgemeinen Rechtsgrundsätze anzuwenden sind.  
Der Regierungskommission möchte ich gegenüberhalten, daß aller-  
dings gegenwärtig für Handel und Produktion große Schwierig-  
keiten daraus entstehen, daß in Bezug auf die rechtliche  
Seite der Sache keine Uebereinstimmung in den gerichtlichen  
Entscheidungen herrscht. Es besteht hier in Folge der  
Rechtsungleichheit auch Rechtsunsicherheit. Uebrigens glaube ich,  
daß die Reichsgesetzgebung in dieser Beziehung gar keinen schwie-  
rigen Standpunkt hat. Ich acceptire vollständig die Definition  
des Weines, die in den Motiven des Nahrungsmittelegesetzes ent-  
halten. Sprechen Sie in einem Reichsgesetz aus 1) Fabrikation  
des Kunstweins ist verboten. Darüber waren wir ja auch in der  
Kommission einverstanden. Darüber stimmen auch alle Regierungen  
von Sachverständigen, von Weinhandlern etc. 2) Als Wein  
darf nur solcher verkauft werden, der der Definition des Nahrungs-  
mittelegesetzes entspricht. Alle übrigen Manipulationen sind erlaubt,  
soweit sie nicht durch das Verbot der Kunstweinfabrikation unter-  
sagt sind. Derartige Weine müssen aber als verbesserte Weine  
verkauft werden. Das wäre eine Gesetzgebung, die vollständig  
allen billigen Wünschen entspricht. (Beifall.)

Abg. Radau wendet sich gegen die Ausführungen des Abg.  
Richter. Wenn derselbe sagt, reiner Naturwein von der Mosel sei  
überhaupt gar nicht zu vertragen, so müßte derselbe einen ganz ab-  
sonderlichen Magen haben. Das gegen den reinen Naturwein im  
Publikum nun einmal vorhandene Mißtrauen sei nach-  
erufen einerseits durch allerdings vorgekommene unge-  
hörige Manipulationen, andererseits aber auch dadurch,  
daß die Produzenten allzu sehr auf beschleunigten  
Umsatz ihrer Weine bedacht gewesen seien. Wer seinen reinen  
Naturwein gehörig aulagern lasse, der habe noch immer gute Preise  
dafür erzielt. Eine nach allen Richtungen hin brauchbare Definition  
von Wein sei in Rücksicht auf die nach Wenden und Jahrgang  
sehr verschiedene Qualität gar nicht zu geben, und die chemische  
Untersuchung habe sehr häufig die widersprechendsten Resultate er-



geben, indem Naturweine für künstliche erklärt worden seien und  
angelehrt. Allerdings gingen auch Forderungen, wie sie sein Treu-  
dingens aufstelle, viel zu weit.

Wz. Dr. **Saumberger**: Ich habe mich schon oft darüber geäußert, daß die Herren, welche mit solchem Fanatismus für das Schicksal des reinen Naturweines eintreten, eigentlich weit weniger die Interessen des Publikums als vielmehr die der Weinproduzenten vertreten. Ich will hier nur vom Standpunkte des Publikums aus sprechen. Wir, die Weintrinker im Publikum, haben nicht daran gedacht, eine solche Ausdehnung des Gesetzes über den Weineinfuhr zu verlangen; es gehört einmal zu jedem Genuß auch ein gewisser schmerzlicher Schein. Das ist ein Gesetz, das überall hindurchgeht, wir überhaupt dem Genuß huldigen. Wenn Sie durchaus den Fanatismus huldigen wollen, daß nichts genossen werden darf, was dem Verlust nicht ganz entzogen ist, so dürfen Sie auch *à la* Drieffe, die Sie schreiben, nicht mit „hochachtungsvoll ergebenst“ schließen. (Sehr gut! lacht; Gelächert.) So verhält es sich ganz genau auch mit der Ergänzung des Weines. Wenn Sie einen Wein herstellen, der mit Schwefel und Sie schreiben „Kamenthaler“ darauf, so ist es nur angenehmer, als wenn Sie darauf setzen „Krauseburger aus Elßholz“ (Gelächert). Das ist der Standpunkt des Publikums, alles Uebrige ist nicht aus der Seele des Publikums, sondern mehr oder weniger aus der privilegirten Weinproduzenten hervorgegangen. Man mache doch von der Glückseligkeit keinen zu übertriebenen Gebrauch, so daß daraus ein Mißbrauch entsteht! Der wahre Sinn des Gesetzes liegt darin, daß man nicht sülzen soll, daß man aber verbessern darf. Ich verstehe unter Fälschung gesundheitsschädliche Veränderungen. Es giebt Fälschungen, die immer gebüßt werden und die viel schlimmer sind. Ich erinnere daran, daß Seidenwaaren dadurch gefälscht werden, daß Schmerspat, daß Del zugesetzt wird und ihnen dadurch das Aussehen von schwerem Atlas ertheilt wird. Das ist eine wirkliche Fälschung, weil es eine in der That feineres Gewand vom Käufer gewollte Fälschung ist. Also was Sie zugelassen haben wollen, bewegt sich nicht innerhalb dieser Grenze. Das ist nur eine Zubereitung, eine Verbesserung der Sache in dem Sinne, daß das, was dem Geschmack nicht genügt entspricht, dem Geschmack mehr angesetzt wird. Dieses Ansetzen einer sonst nicht genügend zulaugenden Giertraufes in einer Weise, wie es der Publikum lieber ist und in einer Weise, daß das Publikum dadurch eine Kritik des Genusses darüber nachdenkenden gezwungen wird, halte ich für völlig erlaubt, und ich glaube deshalb, daß jeder Fanatismus darin vergeblich ist. Es ist immer so gewesen, und Sie werden mit Ihren Ansprüchen nicht durchdringen. Sie bringen auch Widersprüche in die Urtheile der Rechtsprechung bis in die höchsten Stadien hinein. Der Herr Regierungskommissar hat gesagt: Legen Sie uns doch ein Gesetz vor, machen Sie uns doch einen Entwurf, der vielleicht Hand und Fuß hat, wir wollen ihn in Erwägung ziehen. Er hat gesagt, es ist sehr schwer, hier das Richtige zu treffen. Ich will nicht unterfragen, ob es Sache der Volkvertretung oder der Regierung ist, das Richtige zu suchen, aber das, worauf es am hauptsächlichsten ankommt, ist zunächst einmal zu konstatiren, daß die Verhältnisse, wie sie jetzt liegen, unhaltbar und unbefriedigend sind. Wenn wir uns darüber einig sein können, so wollen wir gemeinsam diese Anabraden des Zirkels suchen, was da zu bessern ist, und der Rechtsprechung hiesel anlegen.

Sie will aus die Rechtsprechung des Reichsgerichts in Bezug auf diese Frage nicht eingehen, denn ich halte es für richtig, jede Kritik über die Rechtsprechung im Schooße der stetiggebenden Verhandlungen nur mit größter Reserve zu üben. Eine Bemerkung möchte ich aber nicht unterdrücken, die nämlich die ganze Entwicklung unserer krimonialen Justizorden eine eigenthümliche geworden ist. Früher bestand der Grundsatz, daß die Strafe im Zweifelsfalle nicht zur Anwendung kommen soll, ist entwickelt sich immer mehr bei uns die Rechtsprechung, welche im Zweifelsfalle für schuldig erklärt. Wir haben es ja erlebt, wir sind jetzt von Reichsgerichts wegen zu der Anschauung überdrängt worden, daß auch der Versuch mit ungeeigneten Mitteln an einem ungeeigneten Objecte strafbar sein soll. Wenn jemand verurtheilt, einen Mord zu betreiben, und derjenige, welcher betheuert werden soll, sich schon längst gestorben ist, so wird jener doch wegen des nicht vorhandenen Verbrochens (Helferkeit). Das sieht nicht sehr, sondern im Zusammenhang mit unserer ganzen Rechtsprechung in neuerer Zeit dazu kommt das Bedenken, daß hier die Rechtsprechung sich auf einen Stand bezieht, welcher mit seiner Schlichkeit so empfindlich ist, wie der Kaufmannsstand, und man hat daher doppelt Grund, zu wünschen, daß ein solcher Zustand, der anerkanntermaßen ungemein ist, beseitigt werden möge. Der Stand der ganzen ist sicher ehrbar, und je ehrbarer er ist, desto mehr muß er zittern dafür, daß eine Denunziation ihm nicht eine Anklage auf den Hals zieht, aus der er vielleicht nach vielen Verurtheilungen rein hervorgeht, die aber inzwischen seine Existenz als tiefste schädigt. Darum bitte ich Sie, nebeneinander die am herantretenden Klagen nicht so leicht, sondern lassen Sie sie nach und nach prüfen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Witte (Dfr.) wünscht noch in dieser Session die Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend die Verwendung giftiger Arben.

Abg. Schmuckner (Soz.-Dem.): Der Fabrikuspektor von Aulsdorf hat in einer Abhandlung nachgewiesen, daß die Wupper auch die Zuführung schädlicher Stoffe aus Fabriken verunreinigt und dadurch der Gesundheitszustand der Gegend benachteiligt werde. Die Handelskammer hat dies allerdings bestritten. Das Reichsgesundheitsamt muß deshalb diese Sache aufklären und untersuchen, ob der Fabrikuspektor oder die Handelskammer Recht hat. Allerdings haben wir kein Reichsgesetz über die Verunreinigung der Flüsse, es besteht in Preußen Verordnungen darüber, auf Grund welcher gegen diese Uebeltäthe vorgegangen werden kann. Das Gesundheitsamt hat in den zehn Jahren seines Bestehens schon freudlich geleistet, und es wird auch in dieser Beziehung segensreich wirken können.

Staatsminister v. Boetticher: Die Angelegenheit der Ver-  
reinigung der Wupper ist mir nicht bekannt. Bei der Reichs-  
verordn. ist darüber bisher noch nicht verhandelt worden und  
ich auch nicht verhandelt werden, weil die Reinhaltung der Klüf-  
ten Reichsfrage, sondern Landesfrage ist. Es ist mir aber be-  
kannt, daß die preussische Regierung uenechings der Frage, wie am  
Fest die öffentlichen Wasserläufe von der Verunreinigung durch  
abfälle Stoffe freizubalten sind, in einer commissarischen Be-  
rathung nahegeleitet ist, und ich hoffe, daß auch dieser Berathung  
Resultat hervorgehen wird, welches aus dem Landestheile, von  
dem der Herr Vorredner sprach, zum Nutzen gereichen wird. Die  
Verkennung des Herrn Vorredners für das Gesundheitsamt accep-  
te ich und bitte ihn, zu vertrauen, daß das Gesundheits-  
amt im Interesse der öffentlichen Gesundheitsverhältnisse  
weiter wirken wird wie bisher. — Was die Sache des Abg. Witte  
trifft, so kann ich Ihnen mittheilen, daß der Entwurf eines Ge-  
setzes über die Anwendung stiftiger Zäunen angebracht vorliegt  
und dieser Entwurf dem Bundesrath und Reichstag in dieser  
Session vorgelegt werden wird, so daß auch diese Frage ihrer Re-  
gung entgegengeführt wird.

**Hr. Dr. Zugen:** Wenn Herr Dr. Bamberger fürchtet, daß  
Anregungen an der Tagesordnung sein werden, so kann und  
sollte man nicht abhellen, bestimmte Grundzüge durch Gesetz festzulegen.  
Das vom Centrum haben eine jahrelange Erfahrung darin, wie  
man Gesetze interpretiren und anwenden kann. Aber auch in  
der Frage müssen Grundzüge und Moral herrschen.  
Der Herr Redner wird sich daran erinnern, daß die Grundzüge

Die Disziplin wird gelassen. Persönlich bemerkt  
Hr. Grobe: Wenn Herr Dr. Bühl sagt, daß sein Freund  
sich seine Ansicht noch ausführlicher hätte entwickeln werde,  
so sehe ich dem mit Ruhe entgegen. Neues wird Herr Dr. Bühl  
nicht mehr vorbringen, zumal da Herr Dr. Bühl  
Unter des Gedankens ist, Herr Dr. Bühl sollte  
Weinbändler dafür wirken bei den Deutschermei-  
stern, daß diese reinen Naturweine lieber in der Pfalz ge-  
trunken werden, als daß sie ins Ausland gehen.

Wg. **Wider:** Der Herr Negierungs-Vertreter hat be-  
sprucht, daß er nicht die Zustimmung gemacht habe, daß die Re-  
gierung ein Gesetz machen werde. Es geht dies aber  
dem topographischen Bericht des Jahres 1885 hervor.  
Der Herr Negierungsvertreter hat mit dem Vorwurf gemacht, daß  
die Regisprechung in dem Danziger Prozess kritisch hätte  
sein derselbe ganz beendete sei. Das ist gar nicht der Fall, sondern

ich habe mich nur einem Angriff gegenüber für verpflichtet erachtet, tatsächliche Feststellungen, welche das Danziger Landgericht gemacht hat, mitzutheilen. Den Spruch des Reichsgerichts habe ich auch nicht inkrinirt, sondern nur eine Stelle an demselben angezogen, woraus hervorgeht, daß dasselbe gerade so denkt wie wir.

abg. Dr. Ehl behält sich gegenüber den Ausführungen des  
Hrn. Bamberger vor, bei Gelegenheit der diesen Gegenstand be-  
treffenden Petitionen auf dieselben zu antworten.  
Das Kapitel wird bewilligt.  
Hierauf verlegt sich das Haus bis Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung  
der Etatsberatung: Reichsausschuss des Innern und Auserwähltes Amt).  
Schluß 5 Uhr.

## Öffentliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allernächst! geruht:  
dem Herrgotts- und Bauhauß-Gassen-Tanz- u. Nagelbeurg-  
den Reichen Albrechts-Ordern vierter Klasse; dem Geh. Kommerzienrath  
Franz Wendelssohn zu Berlin den königlichen Kronen-Ordens  
zweiter Klasse; dem Herrsten z. D. M. He, bisher Bezirksamman-  
des 1. Bataillons (Siegburg) 2. Rheinischen Landwehr-Regiments  
Nr. 23, dem Major z. D. v. Bülffs, bisher in der 5. Gendarmen-  
Brigade, dem Major a. D. v. Portatins, bisher a la suite  
der Armee und Eisenbahn-Eintren-Kommissar, dem Geheimen  
Rechnungs-Rath Hr. Stolte zu Potsdam und dem Post-  
direktor ziles zu Forstheim den königlichen Kronen-Ordern dritter  
Klasse; dem Geheimen Kassei-Sekretar Berl beim Rechnungs-  
hof des Deutschen Reichs den königlichen Kronen-Ordern vierter Klasse;  
dem emeritirten Lehrer Knüttler zu Gartz a. D., bisher zu  
Fischbühl im Kreise Greiffenbogen, den Adler der Inhaber des  
königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; dem emeritirten Lehrer  
Schräufel zu Alt-Dörnick im Kreise Dramburg, bisher zu Gried-  
richsdorf desselben Kreises, das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem  
Gärtner Hugo Parbes zu Glesig bei Berlin die Rettungs-  
medaille am Bande zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht:  
den nachbenannten Personen die Erlaubniß zur Anlehnung der  
ihnen verliehenen nichtpreussischen Insignen zu erteilen, und zwar:  
des Kreuzthurnes des königlich batrischen Verdienst-Ordens vom  
heiligen Michael: dem Provinzial-Steuer-Direktor der Provinz  
Schleswig-Holstein, Geheimen Ober-Finanz-Rath Krieger zu  
Altona; des Ritterkreuzes erster Klasse desselben Ordens:  
dem Ober-Zoll-Inspektor, Steuer-Rath Korkemann zu  
Homburg; des Ritterkreuzes zweiter Klasse des königlich  
sächsischen Albrechts-Ordens: dem Eisenbahn-Stationsvorsteher  
Senz zu Gera; des Ritterkreuzes erster Klasse des alobherzogl.  
bessischen Philipps-Ordens mit der Krone: dem Regiments- und  
Baurath Guano zu Wiesbaden; sowie des Ehrenkreuzes dritter  
Klasse des fürstlich lippsiden Beamtenhaufes: dem Ober-Steuer-  
Inspektor a. D., Steuer-Rath Menge zu Hörter, früher zu Venggo.

Der hiesige Konsul Bahr in Liverpool hat

hater Gabriel Schipoth zum Konfular-Agenten in Fleetwood  
bestellt.

**Königreich Preussen.**  
Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:  
dem Kommerzien-Rath Moritz Beder zu Klingenberg i. Br.  
den Charakter als Geheimen Kommerzien-Rath zu verliehen.

## Neueste Nachrichten.

Der „R.-Mtg.“ enthält folgende Verordnung wegen Einberufung der beiden Häuser des Landtages:

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen in Gemäßheit des Artikels 51 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, auf den Antrag des Staats-Ministeriums, was folgt: Die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, werden auf den 15. Januar d. J. in unsere Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen. Das Staatsministerium wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beilegendem Königlichem Rastiegel.

Gegeben Berlin, den 3. Januar 1887. **Wilhelm.**  
von Puttkamer. Maybach. Lucius. Friedberg. von Bötticher.  
von Gopler. von Scholz. Bronsart von Schellendorf.

## Verschiedenes.

— Neben den Brand des Palaſtes Odeſſaſchi geben der „Neuen Freien Preſſe“ noch nachſtehende Mittheilungen zu: Gestern (1.) Abends um 11 Uhr verbreitete ſich plötzlich die Schreckensnachricht durch die ganze Stadt, daß der Palaſt Odeſſaſchi, welcher herrliche Bilder, Moſaiken und Gobelinſammlungen enthält, in Flammen aufgehe. Die Nachricht war nur zu wohl begründet, denn heute iſt ein großer Theil des ſchönen Baues in einen Haufen von Schutt und Trümmern verwanbelt. Gegen 10 Uhr Abends wurde Fürſt Waltherſaſchi Odeſſaſchi einen ſchweren Brandverwund in der Nähe des im zweiten Stocke gelegenen Kinderzimmers. Er wurde dahin und fand Alles ſchon von lichterlohden Flammen umhüllt. Einen Augenblick ſpäter — und ſeine zwei reizenden Kinderchen, welche in ihren Betten ruhig ſchliefen, wären verloren geweſen. Nachdem er die Kinder an ſicheren Ort gebracht hatte, eilte der Fürſt in das brennende Zimmer zurück, mußte ſich aber bald überzeugen, daß ohne Hilfe der Feuerwehre der Brand nicht mehr geſtillt werden könne, denn die Flammen hatten die Decke, den Boden und die Möbel ergriffen und jängelten ſchon an den Fenſtern hinaus, deren Schreien in der Stuh geſtorben waren. Man telephonirte an die Polizei-Direktion und die Feuerwehre, und bald darauf erſchien der Luſtort ſelbſt mit mehreren Hiſtorikern und der ganzen verfügbaren Polizei-Mannſchaft. Im nächſten eilten auch zwei Infanterie-Kompagnien aus einer entlich entfernten Kaserne herbei. Die Feuerwehre aber erſchien nicht. Vom Winde angefaßt, griff das Feuer mit reißender Schnelle und Heftigkeit um ſich. Aus vier Fenſtern des Palaſtes blugten ſchon die Flammen in mächtigen Gärten heraus. Die Soldaten und die Polizei-Mannſchaft ſtürzten ſich in die vor Rauch ſtülften Räume, um die koſtbaren Möbel und Gobelinſammlungen zu retten. Mehrere Polizeiſten und Soldaten mußten aber halb erſtickt und bemühts herausgetragen werden. Als das Feuer ſchon das Dach ergriffen hatte, genau eine Stunde, nachdem man ſie gerufen hatte, um die Feuerwehre mit zwei Handſpritzen, die in Ermangelung von Weſtern von der Mannſchaft ſelbſt gezogen wurden, heran zu ſchicken, empfing die Feuerwehre mit einem Hobelſäſcher, daß ſich in Huthgeheil verwanbelt, als man ſah, daß ſie das Baſſenſchloß zur Speisung ihrer Maſchine nicht zu öffnen veröchten und dies auch der Mannſchaft des nach einer weiteren halben Stunde angelangten größeren Löſchtrains erſt nach langer ſchwerer Anſtrengung gelang. Der König, der, von ſeiner Abſtante beſetzt, zu Fuß herbeieilte, um

in ihm befreundeten Fürsten zu trosten, ließ den Ge-  
lehrten, die ihm dieses klägliche Schicksal einflößte, sehr  
schmerzlichen Ausdruck. Zum Bürgermeister gewandt, rief er, während  
das Volk ihm zujubelte: „Ein so unzureichender Dienst in einer  
Stadt, wo in einem Augenblicke unschätzbare Kunstwerke zu Grunde  
gehen können! Es ist thatschlich eine wahre Schande!“ Mehrere  
Einsprüche harzten; die Spritzen konnten die Wasserstrahlen nicht in  
die Höhe schickendern. Die Dampfspritze arbeitete nicht, da-  
her in Folge Mangels der Wärme das Wasserleitungsrohr zu  
der Sprühung nicht finden konnte. Während man in nutzlosen  
Erfahrungen die Zeit verlor, stürzte unter fürchterlichem Getöse das  
Schiff in einer Länge von 50 Metern ein, und unter seinem  
Lurze brach auch die Decke des ersten Stockwerkes. Der Fürst hat  
ganze Einrichtungen seines Hauses verloren. Familienjewe-  
lische von 200 000 Francs, kostbare geschmückte Möbel aus dem  
sechszehnten Jahrhundert, die bekannten prächtigen Gobelins, das  
ganze Silbergeschloß und die historisch und künstlerisch werthvolle  
Ausstattung von Tapeten und Majoliken sind verbrannt, zerbrochen  
oder geschmolzen. Von zwei kleinen Bildern Raffels, die über  
die Seite der Fürstin hingen, glaubt man, daß sie gerettet worden  
sind. Die Bildergalerie ist unversehrt geblieben. Der Schaden  
beträgt weit mehr als eine Million.

== Wie die „Düsseld. Ztg.“ berichtet, kam vor etwa 14 Tagen hierfeldt ein Waggon Petroleum an, welcher mit einer Konditionalstrafe von nicht weniger als 96 392 Mk. belastet war. Der Absender aus Antwerpen hatte nämlich in dem diesbezüglichen Frachtbrieife statt „Petroleum“ die Bezeichnung „Schweinefett“ geschrieben und verhängte die königliche Güter-Exportation-Raidenfürden für solches Versehen auf Grund des § 48 4c des Betriebs-Reglements diese enorm hohe Strafe. Der betreffende Paragraph lautet nämlich: „Wer Gegenstände der unter Lit. A, Nr. 3 dieses Paragraphen oder in der Anlage D erwähnten Art, unter unrichtiger oder ungenauer Deklaration zur Beförderung aufgiebt, oder die als Bedingung für deren Annahme vorgeschriebenen Sicherheitsmaßregeln außer Acht läßt, hat neben den durch Polizei-Verordnungen und oder durch das Strafgesetzbuch festgesetzten Strafen, auch wenn ein Schaden nicht geschehen ist, für jedes Kilogramm des Bruttogewichts solcher Veranlassung eine Konditionalstrafe von 12 Mk. zu erlegen und haftet außerdem für allen entstehenden Schaden.“ Auf Reklamation des Absenders hin hat die Eisenbahn-Direktion in Köln die Strafe einfach gestrichen, indem der Frachtpfchein auf Petroleum lautete.

### Telegraphische Depeschen.

Continental-Telegraphen-Compagnie (früher Wolff's.  
Telegraphisches Bureau).

Königsberg i. Pr., Dienstag, 4. Januar. Die Betriebseinnahme der Ostpreussischen Güttdahn pro Dezember 1886 betrug, nach vorläufiger Zerschlagung im Personenverkehr 85 768 Mk., im Güterverkehr 179 477 Mk., an Extraordinariis 16 000 Mk., zusammen 255 245 Mk., darunter auf der Strecke Fischhausen-Kalminiden 3052 Mk., im Monat Dezember 1885 definitiv 353 321 Mk., mithin gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres weniger 97 976 Mk. im Ganzen vom 1. Januar bis inkl. Dezember er. 3 284 285 Mk. Definitive Einnahme aus russischem Verkehr nach russischem Stkl. gegen provisorisch 4 965 711 Mk. im Vorjahr, mithin gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahres weniger 1 681 446 Mk., gegen definitiv 5 106 365 Mk., weniger 1 822 100 Mk.

Krankfurt a. M., Dienstag, 4. Januar, Nachm. 2 Uhr  
30 Minuten. Fest.

(Schluß-Ganze.)	G. v. 3.	G. v. 3.	
Londoner Wechsel	20,41 20,892	Spanier erster	66,50 66,44
Pariser do.	80,55 80,483	Russ. Negusier	75,90 76,20
Wiener do.	161,60 161,50	Neue Türken	14,60 14,50
Reichsanleihe	103,40 105,90	Böhm. Reichsbahn	225,00 224,50
Rhein-Mind. Gr.-A.	—	Central-Raille	114,50 113,90
Deherr. Silberb.	68,10 68,10	Kranzosen	206½ 206½
do. Papirrente	67,10 67,10	Galkier	162½ 161½
do. 5% Papirrente	81,30 —	Gotthardbahn	96,30 96,40
do. 4% Goldrente	92,40 92,20	Östliche Ludwigsb.	94,30 94,00
1860er Loose	117,20 117,00	Embarben	88½ 88½
1864er Loose	278,00 278,00	Lübeck-Büchener	160,00 160,00
4% ung. Goldr.	84,10 84,20	Nordwestbahn	135 136½
do. Staatsloose	215,80 216,00	Kreditaktien	236 236½
Östlicher	100,80 100,30	Darmstädter Bank	141,20 141½
1880er Russen	83,70 83,30	Meininger Bank	98,80 97,80
II. Orientanleihe	59,20 59,40	Reichsbank	139,80 140,10
III. Orientanleihe	59,00 59,30	Dresdener-Komm.	218,00 208,30
Ungro. Serbische Rente	80,20	neue Serben	75,20
Stamm-Privilorien 95½		portugiesische Anleihe	91,70
Buenos-Ayres 86,00			

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 295½, Franzosen 206½,  
Gulden 162½, Lombarden 23½, Getharbbahn 95,40.  
Wien, Dienstag, 4. Januar, Nachmitt. 1 Uhr. Getreide-  
markt. Weizen loco hiesiger 17,75, fremder loco 18,25, März  
17,95, Mai 18,35. Roggen loco hiesiger 14,50, März 13,45,  
Mai 13,65. Hafer loco 14,75, März 14,80, Mai 15,00.

1363. *Harpe* loco 14,75. *Rüßel* loco 24,80, *Mat* 24,65.  
1364. *Stettin*, Dienstag, 4. Januar, Nachmitt. 1 Uhr. (Getreide-  
markt.) Weizen erntefeld, loco 157—170, April-Mai 172,00, Mai-  
Zunt 173,00. Roggen behauptet, loco 121—127, April-Mai 131,00,  
Mai-Zunt 132,00. *Rüßel* unverändert, April-Mai 45,50. *Erntefeld*  
erntefeld, loco 36,20, Januar 36,20, April-Mai 37,80, Zunt-Juli  
39,10. *Petroleum* loco 11,40.

Königsberg, Dienstag, 4. Januar, Nachm. (Getreidemarkt.)  
Weizen mitt. Roggen besser, loco 120 Pf. 2000 Wb. Voll-  
gewicht 111,25. Gerste full. Hafer ruhig, loco pr. 2000 Wb.  
Vollgewicht 100. Weize Erbsen pr. 2000 Wb. Vollgewicht 115,50.  
Spiritus 100 Liter 100 Proc. loco 37,25 Mk., Januar-Februar  
37,25 Mk., Frühjahr 38,50 Mk. Retter: Gelinde.

4. 90, Jan. 35,20, Febr. 35,40, April-Mai 36,80. — Tendenz: matt.  
Auktion 10 000 Ktr.

Breslau, Dienstag, 4. Januar, Nachmittags. Reuten belebt.  
 C. v. 3. C. v. 3.  
 Oesterr. Banknoten | 162,10 | 161,90 | Heft. Endm. | 94,25 | 94,30

1879. Banknoten	191,30	191,50	1879. Banknoten	91,25	92,30
1880er Goldr.			1880. Diskontobank	89,50	90,25
1880er ungar. Goldr.	84,15	84,25	1881. Wechselbank	101,40	101,50
1880er Russen	83,75	83,75	Kreditaktien	489,00	489,00
1884er Russen	96,50	96,25	1882. Bankverein	105,00	104,75
1884er Russen	96,50	96,25	1883. Handelsbank	48,00	42,75
1884er Russen	59,00	59,00	1884. Bankverein	85,00	85,00
1884er Russen	100,65	100,40	1885. Eisenbahn	44,35	43,50

Breslau, Dienstag, 4. Januar, Nachmittags. (Getreidemarkt.)  
 Spiritus pr. 100 Eiter 100 Brog. Januar 33,25, April-Mai  
 36,00. Roggen April-Mai 120,00, Mai-Juni 137,00, Juni-Juli  
 139,00. Weizen Januar 46,00, April-Mai 46,50. Rind umlag-  
 28. — Wetter: Kalt, schön.

Leipzig, Dienstag, 4. Januar.  
(Schluß-Course.) C. r. 3. C. r. 3.  
prog. fähf. Rente | 92,80 | 92,50 | Weizsäcker Disconto | 103,50 | 103,00

pro. „ Antefe	105,80	105,10	Sächf. Bauk	103,50	103,00
Eufthierader Vit. A.	123,50	124,00	Leipziger Baumg.	118,00	118,00
do. Vit. B.	87,25	87,25	„ Rette	226,50	226,50
Präm. Nordbahn	103,60	103,25	„ Rette	86,25	86,50
Grz.-Stöckl	94,00	95,00	Zuckerfabrik Glaug.	77,25	76,75
Leipziger Kredit	171,50	171,00	Budenzaffin. Halle	102,00	101,50
Leipziger Bank	134,00	134,00	Tab. Co.-Gesellsch.	139,00	139,00
			Deuts. Banknot.	161,75	161,80

Wien, Dienstag, 4. Januar, Nachmittags. Einfluß, Kredit-  
linien und Staatsbahn schwach, Mittelbanken, Galizier und  
renten fest.

Schluß-Course.)	G. v. 3.			G. v. 3.
Veiert. Papier.	83,05	82,95	Kroupr. Rudolffs.	169,50 189,75
50. Papierreute	101,30	101,25	Dur-Vedenbach	— —
Silberrente	84,00	83,95	Söden, Westbaben	279,00 277,00
Goldrente	114,00	113,70	Northbaben	— 234,5
ungar. Goldr.	104,00	104,10	Unionbank	218,25 218,25
ungar. Papier.	93,60	95,40	Anglo-Austrian	114,50 113,50

54er Boofe	131,50	131,50	Wiener Bankverein	105,55	105,00
60er Boofe	138,25	137,50	Ungar. Kredit	503,50	503,25
64er Boofe	168,50	168,50	Deutsche Wähe	61,75	61,80

gebilfloofe	77,00 178,75	Pondner Weffel	126,15 126,10
geb. Bräunfloofe	121,00 121,00	Varjer	49,72 49,72
geb. Raffien	293,90 293,60	Amfredamer do.	104,20 104,10
angefen	254,50 255,00	Rafekons	9,95 9,95
unbarben	103,50 103,25	Dufaten	5,91 5,92
affjer	201,10 199,75	Maftnoten	61,75 61,774
geb. Gern. Saffj	236,00 234,00	Kufj. Banknoten	1,18 1,18

ordwestbahn	162,75	162,00	Silbercoupon	100,00	100,00
betthalbahn	168,50	168,00	Pänderbank	244,75	243,25
Hahethbahn	161,75	162,00	Tramway	214,25	—

Tabakaktien	62,50	63,75
Stadtbörsf: Ungar. Kreditaktien	302,50	Österr. Kreditaktien
2,80, 4proz. ungar. Goldrente	103,87 $\frac{1}{2}$	Buſchtharader Bahn 205 $\frac{1}{2}$
Das = übrige unbestimmt		

Glasmow, Dienstag, 4. Januar, Vorm. 11 Uhr 10 Min  
heissen. Mired nungers marzant, 41. 1891.

Verantwortliche Redaktrice **F. Dernburg** in Berlin.  
 für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile:

Verlag und Verlag der National-Zeitung Dr. F. Salomon



## Handels-Register

des Königl. Handelsgerichts I. zu Berlin.  
Zufolge Verfügung vom 1. Januar 1887 ist  
am 3. Januar 1887 in unser Firmen-Register  
unter Nr. 15317, wofolbst die hiesige Handlung  
in Firma:

**H. Hebermann**

vermerkt steht, eingetragen:  
Der Sitz der Handlung ist vom 1. Januar 1887  
ab nach Charlottenburg verlegt.

Zufolge Verfügung vom 3. Januar 1887 sind  
am selben Tage folgende Eintragungen erfolgt:  
In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 3423, wofolbst die hiesige Aktiengesellschaft in  
Firma:

**Berliner Kamman-Epinneret  
Schwendy & Co. Aktiengesellschaft**

vermerkt steht, eingetragen:  
Der Kaufmann Louis Kossach ist aus dem  
Vorstande ausgeschieden.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 1653, wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

**Simon Bochm**

vermerkt steht, eingetragen:  
Der Kaufmann Alfred Bochm zu Berlin  
ist am 1. Januar 1887 als Handelsgesellschafter  
eingetreten.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 2332, wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

**M. Fiesch & Co.**

vermerkt steht, eingetragen:  
Der Kaufmann Leopold Bernhard ist aus  
der Handelsgesellschaft ausgeschieden.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 9072, wofolbst die hiesige Commanditge-  
sellschaft in Firma:

**Walbemar Ring & Co.**

vermerkt steht, eingetragen:  
Die Commanditgesellschaft ist durch Ueber-  
einkunft der Beteiligten aufgelöst.

Der Kaiserlich deutsche Consul a. D. Joseph  
Albertus William Harting zu Berlin ist zum  
alleinigen Liquidator ernannt.

Die dem Joseph Albertus William Harting  
zu Berlin für die vorgenannte Commandit-  
gesellschaft ertheilte Procura ist erloschen und ist  
deren Löschung unter Nr. 6013 des Prokuren-  
Registers erfolgt.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 9076, wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

**Streich & Woydt**

vermerkt steht, eingetragen:  
Die Handelsgesellschaft ist durch Ueber-  
einkunft der Beteiligten aufgelöst.  
Der Kaufmann Mor Schmeicher zu Berlin  
ist zum alleinigen Liquidator ernannt.

In unser Gesellschafts-Register ist unter Nr. 9746,  
wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft in Firma:

**Gold & Kornitz**

vermerkt steht, eingetragen:  
Die Firma ist geändert in:

**Gold & Co.**

Dem Hugo Lazarus zu Berlin ist für die  
bestehende Handelsgesellschaft Procura ertheilt  
und ist dieselbe unter Nr. 6912 des Prokuren-  
Registers eingetragen worden.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 6801, wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

**Albert Schwarz & Co.**

vermerkt steht, eingetragen:  
Der Kaufmann Richard Lewin zu Berlin  
ist am 1. Januar 1887 als Handelsgesellschafter  
eingetreten.

Dem Richard Merz und dem Gottlieb Juchard  
Schreiber, Beide zu Berlin, ist für die vor-  
genannte Handelsgesellschaft Collectiv-Procura  
ertheilt und ist dieselbe unter Nr. 6913 des  
Prokuren-Registers eingetragen worden.

Dagegen ist bei Nr. 4753 unseres Prokuren-  
Registers vermerkt worden, daß die dem Richard  
Lewin für die vorgenannte Handelsgesellschaft  
ertheilte Collectiv-Procura erloschen, die des  
Richard Merz hier gelöscht und nach Nr. 6913  
übertragen worden ist.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 10053, wofolbst die hiesige Commandit-  
gesellschaft in Firma:

**M. Liebesny**

vermerkt steht, eingetragen:  
Die Kaufmann Marie Liebesny geborene  
Schind zu Berlin ist aus der Commandit-  
gesellschaft ausgeschieden.

Die Frau Elise Schind geborene Büttner  
zu Berlin ist am 31. Dezember 1886 als per-  
sönlich haftende Gesellschafterin eingetreten.  
Gebenfalls ist vermerkt worden, daß das  
Commanditkapital herabgesetzt worden ist.

Dem Arnold Schind zu Berlin ist für die  
vorgenannte Commanditgesellschaft Procura  
ertheilt und ist dieselbe unter Nr. 6911 des  
Prokuren-Registers eingetragen worden.

Die dem Josef Liebesny für die vorge-  
nannte Commanditgesellschaft ertheilte Procura  
ist erloschen und ist deren Löschung unter  
Nr. 6733 des Prokuren-Registers erfolgt.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 8509,  
wofolbst die hiesige Handlung in Firma:

**Guttentag & Goldschmidt**

vermerkt steht, eingetragen:  
Der Kaufmann Friedrich Wilhelm Morgen-  
stern zu Berlin ist in das Handelsgeschäft  
des Kaufmanns Emil Mor Goldschmidt zu  
Berlin als Handelsgesellschafter eingetreten  
und es ist die hierdurch entstandene Handels-  
gesellschaft, welche die bisherige Firma beibe-  
halten hat, unter Nr. 10275 des Gesellschafts-  
Registers eingetragen worden.

Demnach ist in unser Gesellschafts-Register  
unter Nr. 10275 die offene Handelsgesellschaft  
in Firma:

**Guttentag & Goldschmidt**

mit dem Sitze zu Berlin und aus deren Inhaber  
die beiden Vorgenannten eingetragen worden.

Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1887 be-  
gonnen.

Die dem Emil Schiele und dem Friedrich

Wilhelm Morgenstern, Beide zu Berlin, für  
die vorgenannte Einzelfirma ertheilte Collectiv-  
Procura ist erloschen und ist deren Löschung unter  
Nr. 5060 beziehungsweise Nr. 5407 unseres Pro-  
kuren-Registers erfolgt.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 17413,  
wofolbst die hiesige Handlung in Firma:

**Paul Hinge**

vermerkt steht, eingetragen:  
Der Kaufmann Emil Michelsch zu Berlin  
ist in das Handelsgeschäft des Drechslermeisters  
Paul Hinge zu Berlin als Handelsgesellschafter  
eingetreten und die nunmehr unter der  
Firma: **Paul Hinge** bestehende Handelsgesell-  
schaft unter Nr. 10276 des Gesellschafts-  
Registers eingetragen.

Demnach ist in unser Gesellschafts-Register unter  
Nr. 10276 die offene Handelsgesellschaft in Firma:

**Paul Hinge**

mit dem Sitze zu Berlin und aus deren  
Gesellschafter die beiden Vorgenannten eingetragen  
worden. Die Gesellschaft hat am 1. Januar  
1887 begonnen.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 9418,  
wofolbst die hiesige Handlung in Firma:

**W. Koch, Kafffabrik**

vermerkt steht, eingetragen:  
Der Kaufmann Max Levy zu Berlin ist in  
das Handelsgeschäft des Kaufmanns Wilhelm  
Koch zu Berlin als Handelsgesellschafter ein-  
getreten und es ist die hierdurch entstandene  
Handelsgesellschaft, welche die bisherige Firma  
beibehalten hat, unter Nr. 10274 des Gesell-  
schafts-Registers eingetragen worden.

Demnach ist in unser Gesellschafts-Register  
unter Nr. 10274 die offene Handelsgesellschaft in  
Firma:

**W. Koch, Kafffabrik**

mit dem Sitze zu Berlin und aus deren  
Gesellschafter die beiden Vorgenannten eingetragen  
worden. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1886  
begonnen.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 16127,  
wofolbst die hiesige Handlung in Firma:

**G. Böllmer**

vermerkt steht, eingetragen:  
Die Firma ist in:

**L. G. Becker**

umgeändert und nach Nr. 17430 des Firmen-  
Registers übertragen worden.

Demnach ist in unser Firmen-Register unter  
Nr. 17430 die Firma:

**L. G. Becker**

mit dem Sitze zu Berlin und aus deren Inhaber  
der Fabrikant Ludwig Edmund Becker zu Berlin  
eingetragen worden.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 16883,  
wofolbst die hiesige Handlung in Firma:

**E. A. Rosenthal**

vermerkt steht, eingetragen:  
Die Firma ist vermindert in:

**Friedrich Schopper.**

Vergleiche Nr. 17425 des Firmen-Registers.  
Demnach ist in unser Firmen-Register unter  
Nr. 17425 die Firma:

**Friedrich Schopper**

mit dem Sitze zu Berlin und als deren Inhaber  
der Kaufmann Christian Friedrich  
Schopper zu Berlin eingetragen worden.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 7651, wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

**Stein Gebrüder**

vermerkt steht, eingetragen:  
Die Gesellschaft ist durch gegenseitige Ueber-  
einkunft aufgelöst.

Der Kaufmann Alex Stein zu Berlin setzt  
das Handelsgeschäft unter unveränderter  
Firma fort.

Vergleiche Nr. 17426 des Firmen-Registers.  
Demnach ist in unser Firmen-Register unter  
Nr. 17426 die Firma:

**Stein Gebrüder**

mit dem Sitze zu Berlin und als deren Inhaber  
der Kaufmann Alex Stein zu Berlin  
eingetragen worden.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 4179, wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

**Stein Gebrüder**

mit dem Sitze zu Berlin und als deren Inhaber  
der Kaufmann Alex Stein zu Berlin  
eingetragen worden.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 4179, wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

**Stein Gebrüder**

mit dem Sitze zu Berlin und als deren Inhaber  
der Kaufmann Alex Stein zu Berlin  
eingetragen worden.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 4179, wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

**Stein Gebrüder**

mit dem Sitze zu Berlin und als deren Inhaber  
der Kaufmann Alex Stein zu Berlin  
eingetragen worden.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 4179, wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

**Stein Gebrüder**

mit dem Sitze zu Berlin und als deren Inhaber  
der Kaufmann Alex Stein zu Berlin  
eingetragen worden.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 4179, wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

**Stein Gebrüder**

mit dem Sitze zu Berlin und als deren Inhaber  
der Kaufmann Alex Stein zu Berlin  
eingetragen worden.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 4179, wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

**Stein Gebrüder**

mit dem Sitze zu Berlin und als deren Inhaber  
der Kaufmann Alex Stein zu Berlin  
eingetragen worden.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 4179, wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

**Stein Gebrüder**

mit dem Sitze zu Berlin und als deren Inhaber  
der Kaufmann Alex Stein zu Berlin  
eingetragen worden.

**Pohl & Schinde**

vermerkt steht, eingetragen:  
Die Gesellschaft ist durch Uebereinkunft der  
Beteiligten aufgelöst.  
Der Kaufmann Joseph Rudolph Pohl zu  
Berlin setzt das Handelsgeschäft unter der  
Firma:

**Rudolph Pohl**

fort.  
Vergleiche Nr. 17428 des Firmen-Registers.  
Demnach ist in unser Firmen-Register unter  
Nr. 17428 die Firma:

**Rudolph Pohl**

mit dem Sitze zu Berlin und als deren Inhaber  
der Kaufmann Joseph Rudolph Pohl zu  
Berlin eingetragen worden.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 9541, wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

**Selowsky & Renard**

vermerkt steht, eingetragen:  
Die Gesellschaft ist durch gegenseitige Ueber-  
einkunft aufgelöst.

Der Kaufmann Hartwig Renard zu  
Berlin setzt das Handelsgeschäft unter unver-  
änderter Firma fort.

Vergleiche Nr. 17429 des Firmen-Registers.  
Demnach ist in unser Firmen-Register unter  
Nr. 17429 die Firma:

**Selowsky & Renard**

mit dem Sitze zu Berlin und als deren Inhaber  
der Kaufmann Hartwig Renard zu Berlin ein-  
getragen worden.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 5492, wofolbst die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

**Schulze & Trube**

vermerkt steht, eingetragen:  
Die Gesellschaft ist durch Uebereinkunft der  
Beteiligten aufgelöst.

Der Kaufmann Paul Albert Richard  
Schulze zu Berlin setzt das Handelsgeschäft  
unter unveränderter Firma fort.

Vergleiche Nr. 17431 des Firmen-Registers.  
Demnach ist in unser Firmen-Register unter  
Nr. 17431 die Firma:

**Schulze & Trube**

mit dem Sitze zu Berlin und als deren Inhaber  
der Kaufmann Paul Albert Richard Schulze  
zu Berlin eingetragen worden.

Dem Hugo Adalbert Oscar Roland zu Ber-  
lin ist für die letztgenannte Einzelfirma Procura  
ertheilt und ist dieselbe unter Nr. 6914 des Pro-  
kuren-Registers eingetragen worden.

In unser Firmen-Register ist mit dem Sitze  
zu Berlin unter Nr. 17427 die Firma:

**Alexander Herber**

(Geschäftslokal: Heiligegeiststraße Nr. 49) und als  
deren Inhaber der Kaufmann Ernst Alexander  
Herber zu Berlin eingetragen worden.

Die hiesige Handelsgesellschaft in Firma:

**Gebr. Tich**

(Gesellschafts-Register Nr. 4216) hat dem Ver-  
theil Tich zu Berlin Procura ertheilt und ist  
dieselbe unter Nr. 6910 des Prokuren-Registers  
eingetragen worden.

Die dem Georg Tich zu Berlin für die vor-  
genannte Handelsgesellschaft ertheilte Procura ist  
erloschen und ist deren Löschung unter Nr. 5509  
des Prokuren-Registers erfolgt.

Gesicht sind:  
Firmen-Register Nr. 13812 die Firma:  
**Compagnie française**  
**Claus & Lewin.**

Prokuren-Register Nr. 3911 die Procura des  
Kaufmanns Philipp Marx für die Firma:  
**Benjamin Marx.**

Prokuren-Register Nr. 6107 die Procura des  
Kaufmanns Otto Johann Alexander Hoch-  
radel zu Berlin für die Firma:

**M. Seebold.**

Berlin, den 3. Januar 1886.  
Königliches Amtsgericht I., Abtheilung 561.  
Wila.

**Verein für die Geschichte Berlins.**

**Öffentliche Sitzung**

Sonnabend, den 8. Januar 1887, Abends 7 Uhr  
im Bürgerloale des Rathhauses. Herr Ferd  
Meyer: Berlin im Jahre 1704. Der Zutritt  
steht Jedermann frei. (247)

## XXIV. Internationaler Maschinenmarkt.

Der Breslauer landwirtschaftliche Verein veranstaltet nach mehr als zwanzigjährigen  
günstigen Erfolge auch im Jahre 1887 und zwar:

**am 8., 9. und 10. Juni**

**in Breslau eine Ausstellung und einen Markt von Land-, Forst-  
und Hauswirthschaftlichen Maschinen und Geräthen.**

Programme und jede etwaige gewünschte Auskunft ertheilt Landes-Deputation-Rath  
Korn zu Breslau, Matthiasplatz 6; an denselben sind die Anmeldungen bis spätestens ultimo  
März zu richten.

Verstärkte Anmeldungen finden keine Berücksichtigung.  
Breslau, Januar 1887.

Der Vorstand des Breslauer landwirtschaftlichen Vereins.

## Norddeutscher Lloyd.

Post- und Schnell dampfer

**BREMEN** nach

**Newyork** **Baltimore**

**Brasilien** **La Plata**

**Ostasien** **Australien**

Prospecte und Fahrpläne versendet auf Anfrage

Die Direction

des

Norddeutschen Lloyd

oder deren Vertreter F. Matfeldt, Berlin NW., Platz vor dem Neuen Thor 1a.

Zur Einnahme und Schnellschreiben

beginnen neue Curle (Kaufmanns- oder Beamten-Schrift). Besondere

Sammlungen. Näheres Prospect. II. Strahlendorf. Hof-Rathgarth.

Schreiblehre a. d. Hand-Rabettmanuskript, a. d. Handelschule d. Ver-  
eins, sowie mehrere Militärschulen, Neue Köpfer. 17. 1. (236)

## Familien-Anzeigen.

Meine Verlobung mit der verw. Frau Helene  
Köhler geb. Rothchild beehre ich mich hiermit  
ganz ergebenst anzukündigen. (248)

Berlin, Januar 1887.

**Gottfried Treuherz.**

**Haus Ruge, Gerichts-Beisitzer,  
Johanna Ruge, geb. v. Schweden.**  
Berlin, 30. Dezember 1886. (263)

Statt jeder besonderen Meldung.  
Durch die Geburt eines gesunden Töchterchens  
wurden erfreut (257)

**Dr. H. G. Fischer, Gymnasiallehrer,  
und Frau Jenny, geb. Zaak.**  
Berlin, den 2. Januar 1887.

Mittwoch früh wurde meine liebe Frau  
Anna geb. Schmiel von einem gesunden  
Mädchen glücklich entbunden.

**Dr. Ernst Althaus.**

Heute Mittag nach im Augusta-Hospital hier-  
selbst nach langem Leiden im 49. Lebensjahre  
unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der  
Königl. Bauinspektor zu Regensburg

**Louis Venus.**

Dies zeigen tief betrübt hierdurch an (263)  
Berlin, den 4. Januar 1887.  
**Johanna Klantenstein geb. Bruns,  
Hermann Klantenstein, Stadtbaurath,  
und Kinder.**

**Verlobt:**

**Hr. Hedwig v. Wuttamer m. Frn. Dietz  
und Abjat. Oscar v. Gehlert.**  
**Hr. Emilie Herwig m. Frn. Heinrich  
Themat.**

**Hr. Marie Schale m. Frn. Rm. Edmund  
Reiche (Gr. Lichterfelde-Berlin).**

**Freiherrn Marie v. Hollen m. Frn. Ritter-  
gützel, und Reichgrafen Ernst von Platen  
(Hohenwalde O.-Pr.-Hallen und a. Walben).**

**Hr. Anna v. Glabe-Bonhagen m. Frn.  
Reg.-Assessor Max Pfeffer von Salomon  
(Düsseldorf).**

**Verheiratet:**

**Hr. Alexander Behnke m. Frn. Martha  
Leichmann.**

**Hr. D. Davidson m. Frn. Emilie Kauff-  
mann.**

**Hr. Hauptmann Edoard von Bonge m. Frn.  
Anna von Kraewel (Regnitz).**

**Hr. Rich. Brope m. Frn. Ida Schimming  
Geboren:**

**Ein Sohn: Frn. Paul Langer. — Frn.  
Kranz Lippel. — Frn. B. Mertins. — Frn.  
Hr. Freiherrn von Galling (Posen). — Frn.  
Oberförster Wittig (Remonien).**

**Eine Tochter: Frn. Paul Becker. — Frn.  
Otto Rosenthal. — Frn. Hauptm. Raltzer  
von Gerdsdorf. — Frn. Heinrich Blanke  
(Gutensteden).**

**Gestorben:**

**Bern. Fr. Amalie Müller geb. Riehl.**  
**Hr. Rentier J. Riemer (Donnersbach 1 Uhr  
v. Straßbergerstr. 31 n. St. Georgen-Kirchhof).**

**Hr. Alessandro Delaini (Freitag 11 Uhr  
Kapelle des Kathol. Kirchhof).**

**Hr. Rich. Johann Sohn Alfred.**  
**Hr. Geh. Ober-Regierungsrath Wegmann  
Sohn Hugo.**

**Bern. Fr. Oberst von Schwemler geb.  
Frein von der Goltz (Gefäß).**

**Hr. Clara von Sydow geb. von Urtebe  
(Kahle).**

**Bern. Fr. Marie von Kries geb. von  
Göhenhof-Grabowksi (Grunberg).**

**Hr. Adelheid Erdmuth von Berge geb.  
von Schröder (Dresden).**



# K. k. privilegierte Kaiser Ferdinands-Nordbahn.

**Emission** zweier 4%iger Prioritäts-Anleihen im Betrage von 24,440.000 fl. Silber ö. W. und von 18,820.000 fl. Silber ö. W.

**Convertirung** der 5%igen Silber-Prioritäts-Anleihen für die Mährisch-schlesische Nordbahn aus den Jahren 1871 und 1872 und für die Hauptbahn aus dem Jahre 1872.

Die gefertigte Gesellschaft macht bekannt, daß sie in Folge Beschlusses der außerordentlichen General-Versammlung der Actionäre vom 20. August 1885 und nach erhaltener Genehmigung der hohen k. k. Staatsverwaltung zum Zwecke der Convertirung, beziehungsweise Einlösung der von ihr unter der Firma a. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn aufgenommenen 5%igen Anleihen, u. zw.: der Anleihe für die Mährisch-schlesische Nordbahn vom 1. Jänner 1871 im ursprünglichen Betrage von 21,000.000 fl. Silber ö. W.; der Anleihe für die Mährisch-schlesische Nordbahn vom 1. Juli 1872 im ursprünglichen Betrage von 3,000.000 fl. Silber ö. W.; der Anleihe vom 1. November 1872 im ursprünglichen Betrage von 14,400.000 fl. Silber ö. W., bestehend aus:

19,552 Stück Schuldverschreibungen à 1000 fl. Silber ö. W.
12,220 " " " " " "
24,440 " " " " " "
und Eine 4%ige Anleihe im Betrage von 18,820.000 fl. Silber ö. W., bestehend aus:
12,233 Stück Schuldverschreibungen à 1000 fl. Silber ö. W.
26,348 " " " " " "
13,174 " " " " " "

Die neuen Schuldverschreibungen werden mit jährlich Vier von Hundert in Silber ö. W. vom 1. November 1886 an bis zu dem Tage, an welchem die Rückzahlung fällig wird, in halbjährigen Decursus-Raten gegen Vorbringung der am 1. Mai und 1. November fälligen Coupons verzinst. Die Anleihe von 24,440.000 fl. Silber ö. W. wird vom Jahre 1887 angefangen innerhalb 42 Jahren, und die Anleihe von 18,820.000 fl. Silber ö. W. vom gleichen Jahre angefangen innerhalb 43 Jahren auf Grund der den Schuldverschreibungen beigegebenen Verlosungspläne im vollen Nennwerthe in Silber ö. W. rückbezahlt, wobei sich die Gesellschaft jedoch das Recht vorbehält, wann immer auch eine größere Anzahl von Schuldverschreibungen zu verlosen und rückzahlen. Die Auszahlung der fälligen Zinsen und die Rückzahlung der verlosenen Schuldverschreibungen erfolgt ohne jeden Steuern-, Gebühren- oder sonstigen Abzug nach Wahl des Inhabers in Wien, Berlin oder Frankfurt a. M. bei den von der Gesellschaft jeweilig bekannt zu gebenden Zahlstellen. Für die pünktliche Bezahlung der Zinsen und Rückzahlungen beider Anleihen hatten nach Maßgabe der bayerischen Rangordnung die sämtlichen der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn laut Concessions-Urkunde vom 1. Jänner 1866, R. G. Bl. Nr. 7, III. Stück concessionsrten, im Eisenbahnbuche des k. k. Landesgerichtes Wien inliegenden Eisenbahnlinien und das zum Betriebe derselben gehörige feste und unbewegliche Material, insoweit dasselbe als Bestandtheil der bayerischen Eintheilung der Prioritäts-Gläubigern zu haften hat. Für die pünktliche Bezahlung der fälligen Zinsen und Rückzahlungen hatten außerdem die sämtlichen Einnahmen der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn.

Hinsichtlich der Anleihe von 24,440.000 fl. Silber ö. W. haftet hierfür überdies die in Gemäßheit der Bestimmungen im § 17 bis § 20 der allerhöchsten Concession vom 6. Mai 1867 R. G. Bl. Nr. 82 für die Mährisch-schlesische Nordbahn gewährte Staatsgarantie jenes Jahresbetrages, welcher zur Verzinsung und Amortisirung der zur Aufbringung des Bahnanlage-Capitales emittirten Effecten nothwendig ist, welche Staatsgarantie unbeschadet der von der Gesellschaft in § 6 des mit der hohen Regierung abgeschlossenen Uebereinkommens vom 10. Jänner und 17. Juli 1885 übernommenen Verpflichtungen in Kraft verbleibt.

Im Falle der Einlösung des gesammten, den Gegenstand der a. h. Concession vom 1. Jänner 1866 bildenden Unternehmens der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn durch den Staat, werden die im Zeitpunkt der Einlösung noch unverlosten ausstehenden Restbeträge der ob denselben bayerisch haftenden Prioritäts-Anleihen, mithin auch der gegenwärtigen beiden Anleihen vom Staate zur Selbst- und Abzahlung übernommen, wodurch die Personalverpflichtung der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn erlischt.

Die bayerische Eintragung für diese Anleihen ist auf den für die sämtlichen, den Gegenstand der a. h. Concession vom 1. Jänner 1866, R. G. Bl. Nr. 7 bildenden Linien der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn eröffneten Einlagen im Eisenbahnbuche vollzogen worden. In dem Umfange, in welchem Theilschuldverschreibungen der im Eisenbahnbuche bereits früher eingetragenen Prioritäts-Anleihen der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn in Folge der Convertirung oder Einlösung getilgt werden, sollen die beiden gegenwärtigen Anleihen, mit welchen die 4%ige Anleihe ddo. 1. März 1886 im Betrage von 62,700.000 fl. ö. W. die gleiche Priorität genießt, in der bayerischen Rangordnung vor, so zwar, daß diesen Anleihen nach erfolgter Tilgung der 5%igen Anleihen aller Art nur die jeuerzeit von der a. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn zur Einlösung übernommenen Kraut-Oberflächlichen Eisenbahn-Prioritäts-Ketten und Obligationen, von denen gegenwärtig noch 1,381.600 Thlr. = 4,144.800 Reichsmark ungetilgt ausstehen, im bayerischen Rassenstande voranziehen werden.

Der Wechsel der bisher nicht planmäßig ausgelosten Prioritäts-Obligationen der beiden jeuerzeit für die Mährisch-schlesische Nordbahn ausgegebenen 5%igen Prioritäts-Anleihen vom 1. Jänner 1871 im ursprünglichen Betrage von 21,000.000 fl. Silber ö. W. und vom 1. Juli 1872 im ursprünglichen Betrage von 3,000.000 fl. Silber ö. W. wird hiemit das Recht eingeräumt, die in ihrem Besitze befindlichen eben bezeichneten Prioritäts-Obligationen gegen solche der neuen vom Staate garantierten 4%igen Silberanleihe pr. 24,440.000 fl. ö. W. in der Weise umzutauschen, daß ihnen für je 100 fl. Nominale der 5%igen Schuldverschreibungen 115 fl. Nominale der neuen 4%igen garantierten Silberanleihe mit Coupons, deren erster am 1. Mai 1887 fällig wird, ausgetauscht werden.

Die vom 1. November 1886 bis 1. Jänner 1887 laufenden 4%igen Zinsen der neuen Prioritäts-Obligationen sind von dem das Umtauschrecht Ausübenden an die gefertigte Gesellschaft baar zu vergüten.

Zur Erleichterung des Umtausches werden auch Anttheilscheine pr. 30 fl. und 15 fl. Nominale der garantierten Silberanleihe ausgegeben. Den Besitzern der bisher nicht planmäßig ausgelosten Prioritäts-Obligationen der jeuerzeit für die Hauptbahn ausgegebenen 5%igen Prioritäts-Anleihe vom 1. November 1872 im ursprünglichen Betrage von 14,400.000 fl. Silber ö. W. wird hiemit das Recht eingeräumt, die in ihrem Besitze befindlichen eben bezeichneten Prioritäts-Obligationen gegen solche der neuen nicht garantierten Silberanleihe pr. 18,820.000 fl. Silber ö. W. in der Weise umzutauschen, daß ihnen für je 100 fl. Nominale der 5%igen Schuldverschreibungen 118 fl. Nominale der neuen 4%igen nicht garantierten Silberanleihe mit Coupons, deren erster am 1. Mai 1887 fällig wird, ausgetauscht werden.

Hierbei vergütet die gefertigte Gesellschaft die Zinsen Differenz für die Monate November und Dezember 1886 mit 43 kr. ö. W. für je 100 fl. Nominale der zum Umtausche eingereichten 5%igen Prioritäts-Obligationen.

Zur Erleichterung des Umtausches werden auch Anttheilscheine pr. 50 fl. Nominale der nicht garantierten Silberanleihe ausgegeben. Theilbeträge der 4%igen Obligationen beider Gattungen, welche durch die bezüglichen Anttheilscheine nicht ausgetauscht werden können, werden von der Gesellschaft al pari baar veraußert.

Bei dem Umtausche sind die 5%igen Schuldverschreibungen mit allen noch nicht fälligen Coupons (angefangen von dem am 1. Juli 1887 fälligen Coupon der beiden Anleihen vom 1. Jänner 1871 und vom 1. Juli 1872, beziehungsweise von dem am 1. Mai 1887 fälligen Coupon der Anleihe vom 1. November 1872), sowie mit den Talons abzulefern. Hierbei fehlende Coupons sind von dem das Umtauschrecht Ausübenden in vollem Betrage zu vergüten.

Zum Umtausche solcher 5%iger Prioritäts-Obligationen, welche den deutschen Reichsstempel tragen, werden in gleicher Weise gestempelte 4%ige Prioritäts-Obligationen geliefert. Die früher bezeichneten Anttheilscheine aller Art gewähren dem Besitzer das Recht, dieselben unter Vorbringung einer solchen Anzahl von Anttheilscheinen derselben Anleihe, welche zusammen der Liquidatur der Gesellschaft umzutauschen.

Die Anttheilscheine der neuen garantierten Anleihe werden vom 1. Jänner 1887 an, jene der neuen nicht garantierten Anleihe aber vom 1. November 1886 an bis zu dem Termine, von welchem an der den eingetauschten Schuldverschreibungen beigegebene Coupon läuft, längstens aber bis 1. November 1889 in der Weise mit jährlich 4% in Silber verzinst, daß diese Zinsen gleichzeitig mit der Auslösung der eingetauschten Schuldverschreibungen von der Gesellschaft bezahlt werden.

Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, Anttheilscheine aller Art, welche bis 1. November 1889 nicht umgetauscht wurden, jeuerzeit mittelst entsprechender Bekanntmachung zur Baar-einlösung in Silber ö. W. einzuberufen.

Diejenigen P. T. Besitzer der eingangs bezeichneten 5%igen Prioritäts-Obligationen, welche von dem ihnen angebotenen Umtauschrechte Gebrauch machen wollen, haben die abzulefernden Obligationen innerhalb der Zeit vom 10. Jänner bis einschließlich 7. Februar 1887 während der üblichen Geschäftsstunden bei einer der nachstehend bezeichneten Stellen einzureichen, u. zw.:

- Bei der Liquidatur der gefertigten Gesellschaft in Wien,
- dem Bankhause S. M. v. Rothschild in Wien,
  - der k. k. priv. Oesterreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien,
  - der k. k. priv. allgem. österr. Boden-Credit-Anstalt in Wien,
  - dem Bankhause M. M. v. Rothschild & Söhne in Frankfurt a. M.,
  - der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin,
  - dem Bankhause S. Bleichröder in Berlin,
  - der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig.

Hierbei sind folgende Bestimmungen zu beachten:

- Der Erlag der zum Umtausche einzuliefernden Obligationen hat mittelst zweier Anmeldecheine zu geschehen, welche über Verlangen bei den obgenannten Anmeldestellen, u. zw. abgesondert für die beiden Anleihen der Mährisch-schlesischen Nordbahn einerseits und die Hauptbahnanleihe andererseits, ausgetauscht werden.
- In den Anmeldecheinen für die zum Umtausche bestimmten Obligationen sind letztere in arithmetischer Reihenfolge aufzuführen.
- Der Empfang der zu hinterlegenden Obligationen wird auf einem der Anmeldecheine bestätigt, gegen dessen jeuerzeitige Rückstellung die entfallenden neuen 4%igen Obligationen, sowie österreichischer Eisenbahnen für den Zahlungsbetrag fristen Unrechnung-Gutse.
- Der Vollzug des Umtausches, beziehungsweise die Hinausgabe der neuen Obligationen geschieht, u. zw. bei den Umtauschstellen, bei welchen die zum Umtausche bestimmten Obligationen erlegt wurden, vierzehn Tage nach geschehenem Erlaue.
- Die bis zum 31. März 1887 nicht behobenen Obligationen erliegen von da ab für Rechnung und Gefahr des Bezugsberechtigten bei der betreffenden Umtauschstelle.

Vorstehende Bestimmungen beziehen sich weder auf die im Wege der Verlosung bereits fällig gewordenen, zur Rückzahlung nicht präsentirten, noch auf solche 5%igen Obligationen, welche nicht rechtzeitig, das ist bis zum 7. Februar 1887, zum Umtausche angemeldet werden. Dergleichen werden Obligationen der 5%igen Prioritätsanleihe vom 1. November 1872, welche bei der am 1. Februar 1887 stattfindenden Verlosung zur baaren Rückzahlung ausgelost werden, nach diesem Termine nicht mehr zum Umtausche angenommen werden.

K. k. privilegierte Kaiser Ferdinands-Nordbahn.

Nachdruck wird nicht honorirt.

Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. S. Salomon in Berlin.

Ayuntamiento de Madrid



